

## Antrag

der Fraktion der CDU

### **"Geteilte Erfahrungen" - Fortschreibung des Berichtes zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen, Teil 1, durch den Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur**

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. zu dem vom Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im März 2023 vorgestellten Bericht "Geteilte Erfahrungen - Fortschreibung des Berichtes zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen, Teil 1" zu berichten; dabei soll insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:
  - Welche allgemeinen politischen Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus dem Bericht?
  - Welche konkreten Handlungsaufträge leitet die Landesregierung insbesondere von der im Bericht wiedergegebenen "positiven Gesamtbewertung der DDR" durch die thüringische Bevölkerung ab, wonach "Gespräche über die DDR ebenso ab(nehmen) wie die Benennung von Ungerechtigkeiten in der sozialistischen Diktatur" oder die "DDR 2020 rückblickend nur geringfügig negativer bewertet (wird) als die Bundesrepublik von heute"?
  - Wie beurteilt die Landesregierung die Akzeptanz und die bislang erreichten Ergebnisse des Wiedergutmachungsprozesses im Kontext mit Opfern von DDR/SED-Unrecht?
  - Wie beurteilt die Landesregierung die Erfahrungen mit der sogenannten "Opferrente" sowie mit dem auf eine Initiative der CDU-Fraktion zum 1. Juli 2022 eingerichteten "Härtefallfonds für die Gewährung von Unterstützungsleistungen an die in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR aus politischen Gründen Verfolgte sowie an Opfer des DDR-Zwangsdopings"?
  - Wie beurteilt die Landesregierung die Situation der "ehemaligen DDR-Heimkinder" sowie Rehabilitations- und Entschädigungsleistungen für diese Opfergruppe, nachdem diese infolge des Auslaufens des Fonds "Heimerziehung" im Jahr 2018 nicht mehr berücksichtigt werden konnte?
2. sich auf Bundesebene für eine Fortsetzung und Erweiterung des Wiedergutmachungsprozesses bezüglich der Opfer von DDR- beziehungsweise SED-Unrecht einzusetzen, vor allem durch
  - a) eine Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze im Sinne der auf der Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur vom 16. Mai 2022 erarbeiteten Vorschläge:
    - für eine Dynamisierung der sogenannten "Opferrente" nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRe-

- haG) mit dem Ziel der sozialen Sicherheit und anhaltenden Würdigung für die Betroffenen;
- für eine Dynamisierung und Angleichung der sozialen Ausgleichszahlungen nach § 8 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (BerRehaG) zur Verhinderung von Altersarmut bei beruflich Verfolgten der SED-Diktatur;
  - für einen Verzicht auf die Anrechnung des Einkommens des Ehe- beziehungsweise Lebenspartners bei sozialen Ausgleichsleistungen nach § 8 BerRehaG zwecks Würdigung der Verfolgungsverfahren und deren langfristigen Folgen bei den unmittelbar beruflichen Verfolgten;
  - für eine Verkürzung der Verfolgungszeit als Zugangsvoraussetzung für die Ausgleichsleistungen nach § 8 BerRehaG zur Anerkennung kurzzeitiger schwerwiegender Eingriffe in Ausbildung und Beruf mit langfristigen Folgen;
  - für die Möglichkeit der wiederholten Antragstellung nach § 1 Abs. 6 Satz 2 StrRehaG, um eine Ungleichbehandlung von Opfern der SED-Diktatur zu verhindern;
  - für die Eröffnung eines Zugangs für die Opfer von Zwangsausiedlungsmaßnahmen zu einer Einmalleistung, um den erlittenen Heimatverlust zu würdigen;
  - für einen Verzicht auf die Erhebung von Gerichtskosten beziehungsweise eine Prüfung einer Nichtanrechenbarkeit der sogenannten "Opferrente" und der Ausgleichsleistungen bei der Bewilligung von Prozesskostenhilfe, um dadurch ein Klageverfahren auch bei geringem Einkommen zu ermöglichen;
  - für eine Verbesserung zur Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden sowie
- b) eine Berücksichtigung der in dem vom Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fortgeschriebenen Bericht zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen "Geteilte Erfahrungen" aufgestellten Forderungen, wie eine Erweiterung der Anspruchsberechtigung der sogenannten "Opferrente" auf weitere Opfergruppen sowie eine stärkere Begrenzung von Renten der für begangenes DDR- beziehungsweise SED-Unrecht und -Verbrechen Verantwortlichen;
3. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Förderung von Vorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung fortgesetzt wird und die seit 2018/2019 mit insgesamt 41 Millionen Euro unterstützten 14 Forschungsverbände zur Geschichte und Fortwirken der DDR auch in der aktuell vorbereiteten zweiten Förderphase ihre Arbeit ohne Einschränkungen und Abstriche fortsetzen können, um die nach wie vor bestehenden Wissenslücken zum Leben in der DDR und seinen verschiedenartigen Nachwirkungen einschließlich der Transformationsprozesse in den 1990er-Jahren schließen zu helfen;
4. auf eine Änderung der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (ehemals Treuhandanstalt) und Ländern vom 11. Februar 1994 und 18. Januar 2008 hinzuwirken, um durch eine Flexibilisierung beziehungsweise Änderung der Zweckbindung von eventuell künftig noch zu erwartenden Mitteln aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR (PMO-Mittel) diese ausschließlich solchen Einrichtungen und Organisationen zukommen zu lassen, die sich der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und der Demokratieverziehung widmen.

### **Begründung:**

Im März dieses Jahres hat der Thüringer Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur den ersten Teil der Ergebnisse der Fortschrei-

bung des Berichtes zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes unter dem Titel "Geteilte Erfahrungen" vorgestellt. Der Thüringer Landtag betrachtet die Aufarbeitung des DDR- beziehungsweise SED-Unrechts als eine der Kernaufgaben der Erinnerungs- und Gedenkkultur im Freistaat Thüringen und sieht in der Wiedergutmachung von in der DDR begangenen Unrecht gegenüber den Betroffenen eine wichtige notwendige kontinuierliche gesellschaftspolitische Aufgabe, die es auch in Zukunft fortzusetzen gilt. Auch wenn in den vergangenen Jahrzehnten auf dem Gebiet dieses Wiedergutmachungsprozesses viel erreicht wurde, zeigt der vorliegende Bericht des Thüringer Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, dass nach wie vor Bereiche und Situationen existieren, die gemeinsame Anstrengungen erfordern. Der Bericht soll im Plenum beraten werden, um auch die Öffentlichkeit über die soziale Lage der Opfer des SED-Regimes und den aktuellen Stand des Wiedergutmachungsprozesses zu informieren sowie die Fraktionen in die Debatte einzubeziehen.

Für die Fraktion:

Bühl